

Der Ständerat berät heute die Finanzierung von palästinensischen Nichtregierungsorganisationen

# Rückendeckung für die offizielle Nahost-Politik

Von Dominik Feusi, Bern



Heute berät der Ständerat eine Motion des Solothurner SVP-Nationalrates Christian Imark. Der Vorstoss will, dass der Bund auf die Unterstützung

von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) verzichtet, wenn diese in «rassistische, antisemitische und hetzerische Aktionen verwickelt» sind. Im März hat ihr der Nationalrat deutlich zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerates hat den Text aus der ursprünglichen Motion zwar leicht abgeändert, hält aber am Kern fest. Aussenminister Didier Burkhalter ist bereit, den Vorstoss aufzunehmen.

Das ist ein bemerkenswerter Vorgang. Denn was eigentlich eine Selbstverständlichkeit für ein neutrales Land mit einer glaubwürdigen Aussenpolitik sein sollte, ist keine. Didier Burkhalter Aussendepartement (EDA) unterstützt seit Jahren fast sechzig Organisationen im Nahen Osten direkt und weitere gut vierzig indirekt über mehrere undurchsichtige Dachorganisationen, die das Geld aus der Schweiz weiterverteilen. Einige der Empfänger sind derart problematisch, dass man sie mit Hinweis auf die Interessen der Schweiz nicht einmal offenlegt.

## Beamte widersprechen Bundesrat

Fakt ist: In keiner Weltgegend finanziert die Schweiz so viele Organisationen und nirgendwo sind es derart politisch einseitige Empfänger. Die NGO-Politik der Schweiz im Nahen Osten steht im Widerspruch mit der schweizerischen Aussenpolitik. Während sich



**Erfolgreicher Vorstoss.** Christian Imark (SVP/SO) will klarere Regeln bei der Finanzierung von NGOs. Foto Keystone

die Schweiz für Verhandlungen und eine Zweistaatenlösung einsetzt, arbeiten die NGOs gegen Friedensverhandlungen und an der Zerstörung Israels und der Vertreibung der Juden. Die BaZ hat in den letzten zwei Jahren zahlreiche Beispiele hierfür recherchiert und veröffentlicht. Dies geben sogar die zuständigen Diplomaten aus dem EDA zu. In einem vertraulichen Protokoll sagten sie gemäss *Blick*, dass «alle palästinensischen NGOs» die Haltung teilten, man müsse Israel boykottieren, diffamieren, mit Sanktionen belegen und international isolieren.

Diese Boykottbewegung («BDS») ist rassistisch, hetzerisch und antisemitisch. Sie hat gemäss ihrem Gründer das Ziel, Israel zu vernichten und die Juden zu vertreiben. Sie lehnt Verhandlungen mit Israel und jede Art von Zugeständnissen ab. Genau den Widerspruch zwischen der offiziellen Position des EDA und der tatsächlichen Verwendung von Geld aus der Schweiz will die Motion Imark beenden.

Das EDA verwies jahrelang auf Evaluationen, die man über die Organisationen durchführe. Doch diese Evaluationen untersuchten ausgerechnet die

in der Motion Imark gestellten Fragen nicht. Die BaZ hat gegen den Widerstand des EDA alle Evaluationen des Jahres 2015 eingesehen – in keiner geht es um die Frage, inwiefern die von der Schweiz unterstützte Organisation in antisemitische, rassistische oder hetzerische Aktionen verwickelt ist. Wonach man nicht sucht, das kann man nicht finden. Unter dem Deckmantel von Völkerrecht und Menschenrechten wird politische Propaganda und Hetze in einem Konflikt betrieben, finanziert von der Schweiz, die offiziell für eine Zweistaatenlösung und einen

verhandelten Frieden ist. Mit dem Entscheid des Ständerates ist die Zeit des Wegschauens vorbei. Die Liste der unterstützten Organisationen wird sich ändern müssen. Taucht in Zukunft eine von der Schweiz finanzierte NGO auf einer antisemitischen Plattform auf, wird das Folgen haben – entweder für die Organisation, oder für das Aussendepartement.

## Hinschauen statt Wegsehen

Es gibt in der palästinensischen Gesellschaft einen rassistischen und antisemitischen Konsens, welcher Israels Existenzrecht grundsätzlich ablehnt, Terror gegen Israel und seine Bevölkerung in allen Formen gutheisst, ja sogar bejubelt und Juden wahlweise als «Affens» oder «Schweine» diffamiert. In den offiziellen palästinensischen Medien, von der Kindersendung bis zu den Nachrichten, wird gegen Juden gehetzt, Gewalt verherrlicht und zur Ermordung von Israelis aufgerufen. In Schulbüchern werden Geschichte und Geografie verfälscht und Hass gegen Juden und Israel gesät statt die Voraussetzungen für Frieden geschaffen.

Die UNRWA, das UNO-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge hat erst vor Kurzem – unter der Leitung eines Schweizer Diplomaten – der palästinensischen Autonomiebehörde zugestanden, dass sie die rassistischen und antisemitischen Schulbücher nicht überarbeiten muss. Das EDA hat jahrelang behauptet, dass genau dies geschehe. Auf dem Spiel steht im Nahen Osten die Glaubwürdigkeit der Schweizer Aussenpolitik. Didier Burkhalter steht in der Pflicht, auch wenn dies einigen seiner Mitarbeitern nicht passen dürfte. Heute bekommt er Rückendeckung durch das Parlament. Das ist gut so.

## Kantone gegen den Bundesrat

Kritik an Steuerreform-Vorlage

**Bern.** Aus Sicht der Kantone bringt der Bundesrat die Neuaufgabe der Unternehmenssteuerreform bereits in Schiefelage. Grund dafür ist gemäss den Kantonsvertretern, dass die Kantone weniger Geld vom Bund erhalten sollen als ursprünglich vorgesehen. Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) will das nicht hinnehmen.

Der Vorstand der FDK habe den Beschluss des Bundesrates vom letzten Freitag, den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer von 21,2 auf 20,5 Prozent zu senken, mit Unverständnis und Befremden zur Kenntnis genommen, schreibt die FDK in einer Mitteilung von gestern.

Die Erhöhung des Anteils auf 21,2 Prozent sei Teil eines Kompromisses und im Abstimmungskampf zur Unternehmenssteuerreform III Vorlage unbestritten gewesen. Der Entscheid des Bundesrates gefährde die Ausgewogenheit der neuen Vorlage und respektiere den Steuerföderalismus nicht mehr, kritisieren die Kantone.

## Nur 800 Millionen Franken

Die Finanzdirektoren wollen sich in der Vernehmlassung und notfalls auch in der parlamentarischen Phase dafür einsetzen, dass der Kantonsanteil wieder auf 21,2 Prozent festgesetzt wird.

In der vom Volk abgelehnten Unternehmenssteuerreform III war eine Erhöhung von 17 Prozent auf 21,2 Prozent vorgesehen gewesen. Das hätte den Kantonen jährlich rund eine Milliarde Franken mehr in die Kassen gespült. Das Steuerungsorgan aus Vertretern von Bund und Kantonen, das vorletzte Woche die Eckwerte des Nachfolgeprojekts «Steuerreform 17» präsentierte, wollte dabei bleiben. Der Bundesrat hat am Freitag aber beschlossen, den Anteil zu reduzieren. Die Kantone erhielten so noch rund 800 Millionen Franken zusätzlich.

Die übrigen Vorschläge des Steuerungsorgans will der Bundesrat in die Vernehmlassungsvorlage übernehmen, die im September vorliegen soll. SDA

## Erwarteter Übungsabbruch

Parlament beerdigt Verfassungsartikel zu Energie-Lenkungsabgaben

**Bern.** In der Bundesverfassung wird definitiv kein Artikel zu Energie-Lenkungsabgaben verankert. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat dagegen ausgesprochen. Der Entscheid war nur noch Formsache, eine Abstimmung erübrigte sich. Der Ständerat beschloss gestern oppositionslos, nicht auf die Vorlage des Bundesrates einzutreten. Diese ist damit vom Tisch. Zwar lehnen nicht alle Parteien ein Lenkungssystem grundsätzlich ab. Die Befürworter halten aber einen neuen Verfassungsartikel für unnötig oder die vorgeschlagenen Instrumente für unzureichend.

Die vorberatende Kommission habe die Weiterverfolgung des Geschäftes als aussichtslos beurteilt, sagte deren Sprecher Werner Luginbühl (BDP/BE). Sie sei sich aber bewusst, dass es mit einer Ablehnung nicht getan sei. Die Energiekommissionen beider Räte hätten die Diskussion aufgenommen, unter dem Stichwort «Marktdesign».

Beat Vonlanthen (CVP/FR) stellte fest, es handle sich um die «schickliche Bestattung eines gut gemeinten Projekts». Er wies auf eine Studie der ETH

hin, wonach die Lenkung gesamtwirtschaftlich effizienter und kostengünstiger wäre als die Förderung. Die Vorlage sei aber nicht mehrheitsfähig. Nun brauche es eine Denkpause – «eine Pause zum Denken, nicht vom Denken».

## Mehr Pragmatismus

Auch Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, es sei das Vernünftigste, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Meinungen seien zu unterschiedlich, um daraus noch etwas zu zimmern. Mit dem Nein sei allerdings kein einziges Problem gelöst.

Der Bundesrat sei grundsätzlich der Meinung, dass eine Lenkungsabgabe ein geeignetes Instrument wäre. «Für weitreichende Entscheide sind wir aber noch nicht genügend reif», stellte Maurer fest. Nun sei in der Energiepolitik etwas weniger Ideologie und etwas mehr Pragmatismus gefragt.

Die Vorlage war unter Maurers Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf im Finanzdepartement erarbeitet worden. Der Bundesrat schlug vor, das System zur Förderung erneuerbarer Energien ab 2021 durch ein Lenkungssystem

abzulösen, das Klima- und Energie-Lenkungssystem (Kels). Dieses war als zweite Etappe der Energiestrategie 2050 gedacht.

Ein neuer Verfassungsartikel hätte dem Bund ermöglicht, Klimaabgaben auf Brenn- und Treibstoffen sowie eine Stromabgabe zu erheben. Zumindest in einer ersten Phase wollte der Bundesrat auf Treibstoffen keine Abgabe erheben. Der Vorschlag fand keine Unterstützung.

Die rechtsbürgerliche Seite favorisierte zwar einst Lenkungsabgaben gegenüber der Förderung, lehnt diese im aktuellen Marktumfeld nun aber ab. Die links-grüne Seite befürwortet Lenkungsabgaben grundsätzlich, hält aber einen neuen Verfassungsartikel für unnötig, zumal eine Stromabgabe beim derzeitigen europäischen Stromüberschuss wenig sinnvoll erscheine.

Eine «Klimalenkungsabgabe» wiederum hat die Schweiz mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe bereits heute. Diese soll mit der geplanten Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes erhöht werden. Umstritten ist vor allem, welcher Anteil mit Massnahmen im Inland erreicht werden muss. SDA

## Kein Zeitdruck bei Verhandlungen mit der EU

Bundesrat Burkhalter sieht institutionelles Rahmenabkommen auf gutem Weg

**Bern.** Aussenminister Didier Burkhalter spürt bei den Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU keinen Zeitdruck. «Die Qualität der Ergebnisse zählt», sagte er gestern im Nationalrat. Es gebe noch wichtige, offene Punkte.

Konkret wollte Nationalrat Tim Guldimann (SP/ZH) in der Fragestunde wissen, wann der Bundesrat die sechs offenen Abkommen mit der EU vorlege. Die Legislaturziele 2015-2019 sähen vor, dass die Regierung die Botschaften zur Lebensmittelsicherheit, zur Verknüpfung der Emissionshandelsysteme, zum Strom, zur Assoziierung an «Creative Europe», zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung und Eurodac sowie zur institutionellen

Frage bis Ende 2019 verabschieden wolle.

Burkhalter liess sich im Nationalrat nicht auf ein Datum fixieren. «Die Verhandlungen befinden sich an unterschiedlichen Punkten und gehen weiter», sagte er. In den Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen sei man bei den Fragen über den Mechanismus bei der Streitbeilegung «in wichtigen Punkten vorangeschritten».

## Wichtige Punkte noch offen

Das sei lange nicht der Fall gewesen. Es sei aber auch wahr, dass wichtige Punkte noch offen seien, sagte Bundesrat Burkhalter. So etwa in der Frage der staatlichen Beihilfen.

Auch die sogenannten roten Linien seien noch zu verhandeln.

Zuletzt liess sich Burkhalter im Mai zum Thema verhalten. Er habe den Spitzen der Bundesratsparteien in Erinnerung gerufen, dass es nötig sei, den bilateralen Weg weiterzuentwickeln, hiess es vor einem Monat in einer Medienmitteilung der Bundeskanzlei. Der Bundesrat habe darum vor, die Verhandlungen weiterzuführen.

Die Parteivertreter ihrerseits pochten darauf, dass in dem Dossier auch die Innenpolitik berücksichtigt wird. Tatsache ist, dass die Spitzen der bürgerlichen Bundesratsparteien ein Rahmenabkommen derzeit nicht für mehrheitsfähig halten. SDA

## Nachrichten

### Nationalrat unterstützt Vorstoss zu E-Voting

**Bern.** Der Bundesrat analysiert in einem Bericht, wie die Umsetzung der papierlosen Stimmabgabe in Zukunft zu verwirklichen ist und welches die gesetzlichen und technischen Bedingungen dafür sind. Der Nationalrat hat ihm gestern diesen Auftrag erteilt. Die grosse Kammer nahm ein entsprechendes Postulat von Marcel Dobler (FDP/SG) mit 87 zu 73 Stimmen bei 12 Enthaltungen an. Demnach soll der Bundesrat ein komplett papierloses E-Voting prüfen. SDA

### Gewässerschutz wird nicht weiter gelockert

**Bern.** Der Ständerat will den Gewässerschutz nicht weiter lockern. Er hat gestern eine parlamentarische Initiative des ehemaligen Nationalrats und heutigen Bundesrats Guy Parmelin (SVP/VD) oppositionslos abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Parmelin verlangte, dass künftig die Kantone statt der Bund die Breite der Gewässerräume festlegen dürfen. Er begründete das mit Schwierigkeiten bei der Anwendung der Gewässerschutzverordnung. In der Zwischenzeit sind die Regeln angepasst worden, die Änderungen traten am 1. Mai in Kraft. SDA

### Strafregisterprüfung bei EU-Bürgern abgelehnt

**Bern.** Die Schweizer Behörden sollen doch nicht systematisch Strafregisterauszüge von zuziehenden EU-Bürgern einholen. Der Nationalrat hat gestern einer Alternativlösung stillschweigend zugestimmt, um einen Konflikt mit der EU zu umgehen. Die Forderung nach Strafregisterauszügen geht zurück auf zwei Standesinitiativen des Kantons Tessin. Gemäss den Vorstössen sollten die Behörden in der ganzen Schweiz einen Strafregisterauszug verlangen dürfen, wenn EU-Bürgerinnen und -Bürger eine Aufenthalts- oder Grenzgangerbewilligung beantragen. SDA